
P R O T O K O L L
über die Sitzung des Ausschusses für Planung und Umwelt des
Landkreises Cloppenburg am Donnerstag, dem 07.06.2018,
17:00 Uhr, im Sitzungssaal 2 des Kreishauses in Cloppenburg

Anwesend

Vorsitzende/r

1. Kreistagsabgeordneter Gregor Middendorf

Mitglieder

2. Kreistagsabgeordneter Stephan Ahrens
3. Kreistagsabgeordneter Uwe Behrens
4. Kreistagsabgeordneter Wilhelm Bohnstengel
Vertretung für Herrn Rudolf Arkenau
5. Kreistagsabgeordneter Gerhard Bruns
6. Kreistagsabgeordneter Wilhelm Fetzer
7. Kreistagsabgeordneter Bernhard Hackstedt
8. Kreistagsabgeordneter Dr. Michael Hoffschroer
9. Kreistagsabgeordnete Johanna Hollah
10. Kreistagsabgeordneter Detlef Kolde
11. Kreistagsabgeordnete Ursula Nüdling
12. Kreistagsabgeordneter Stefan Riesenbeck
Vertretung für Herrn Lothar Bothe
13. Kreistagsabgeordneter Stefan Schute
14. Kreistagsabgeordneter Dr. Michael Steenken
15. Kreistagsabgeordneter Dirk Vaske
16. Kreistagsabgeordneter Dr. Sebastian Vaske
17. Kreistagsabgeordneter Fabian Wesselmann
18. Kreistagsabgeordnete Iris Wichmann
Vertretung für Herrn Hans Götting

Verwaltung

19. Kreisverwaltungsoberrat Ansgar Meyer
20. Kreisamtsrätin Andrea Bornhorst
21. Kreisamtsinspektor Werner Buddelmeyer
22. Pressesprecherin Sabine Uchtmann

Protokollführer/in

23. Kreisamtsrätin Hildegard Zurborg



Tagesordnung:

- 1 . Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 2 . Feststellung der Tagesordnung
- 3 . Einwohnerfragestunde
- 4 . Genehmigung des Protokolls
- 5 . Vergabe von Wirtschaftsförderungsmitteln; Endausbau des Gewerbegebietes Bebauungsplan Nr. 141 "Einsteinstraße" in der Gemeinde Garrel V-PLA/18/206
- 6 . Antrag der Privaten Hochschule für Wirtschaft und Technik (PHWT) Vechta/Diepholz auf Erhöhung des jährlichen Zuschusses V-PLA/18/209
- 7 . Ausbildungs- und Arbeitsmarktmonitoring als Kompass für kommunale Entscheidungen; hier: Antrag der CDU- Fraktion V-PLA/18/207
- 8 . Einführung einer gelben Tonne; hier: Antrag der CDU-Fraktion V-PLA/18/205
- 9 . Maßnahmen zur Eindämmung der Nutriapopulation; Antrag der Hase Wasseracht auf Bezuschussung der Nutriabekämpfung V-PLA/18/210
- 10 . Erstellung eines neuen externen Gutachtens zur Standort- und Bedarfsanalyse des Rettungsdienstes im Landkreis Cloppenburg; hier: Antrag der SPD- Fraktion V-PLA/18/208
- 11 . Sachstand Netzausbau Strom V-PLA/18/211
- 12 . Mitteilungen



1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Kreistagsabgeordneter Middendorf, eröffnete die Sitzung um 17.00 Uhr, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

2. Feststellung der Tagesordnung

Daran anschließend stellte der Vorsitzende die Tagesordnung fest.

3. Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner fragte zum Tagesordnungspunkt 11 - Sachstand Netzausbau Strom,

1. ob die Zustimmung für eine bestimmte Trassenvariante Gegenstand des Tagesordnungspunktes sein werde,
2. warum die Autobahntrasse nicht gewählt würde.

Hierauf entgegnete Kreisverwaltungsoberrat Meyer, dass die Zustimmung zu einer bestimmten Trassenvariante nicht in dieser Sitzung beschlossen werde. Vielmehr werde es lediglich einen Sachstandsbericht geben.

Der Landkreis habe sich sehr bewusst nicht für oder gegen eine Trasse ausgesprochen. Im laufenden Raumordnungsverfahren beim Amt für regionale Landesentwicklung fordere der Landkreis die raumverträglichste Trasse mit den geringsten Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Umwelt. Derzeit würden alle Trassen geprüft, so auch die Trasse im Bereich der Autobahn A 1.

4. Genehmigung des Protokolls

Das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Planung und Umwelt vom 22.02.2018 wurde einstimmig bei 3 Enthaltungen genehmigt.

5. Vergabe von Wirtschaftsförderungsmitteln; Endausbau des Gewerbegebietes Bebauungsplan Nr. 141 "Einsteinstraße" in der Gemeinde Garrel Vorlage: V-PLA/18/206

Kreisamtsrätin Bornhorst trug den Sachverhalt entsprechend der **Vorlage V-PLA/18/206** vor. Sie verwies darauf, dass in dem weitgehend belegten Gewerbegebiet bereits 21 Unternehmen ansässig seien. Der Endausbau könne nun hergestellt werden.

Beschlussvorschlag:

Ohne weitere Aussprache beschloss der Ausschuss für Planung und Umwelt sodann einstimmig, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:



Der Gemeinde Garrel wird ein Zuschuss aus Wirtschaftsförderungsmitteln für den Endausbau der Gewerbegebietes „Einsteinstraße“ in Höhe von 25 %, max. 70.745,44 Euro gewährt.

**6. Antrag der Privaten Hochschule für Wirtschaft und Technik (PHWT) Vechta/Diepholz auf Erhöhung des jährlichen Zuschusses
Vorlage: V-PLA/18/209**

Kreistagsabgeordneter Dr. Steenken beantragte für die CDU - Fraktion die Vertagung des Tagesordnungspunktes und die Zurückverweisung in die jeweiligen Fraktionen des Kreistages. Er verwies darauf, dass die Förderung privater Hochschulen eine Grundsatzentscheidung sei. Trotz des nachgereichten umfangreichen Antrages halte er den Antrag nicht für entscheidungsreif.

Dem schloss sich Kreistagsabgeordneter Wesselmann an. Es seien mehr Informationen notwendig, um hierüber zu entscheiden.

Beschlussvorschlag:

Sodann beschloss der Ausschuss für Planung und Umwelt einstimmig, den Tagesordnungspunkt zu vertagen und zur Beratung in die Fraktionen zurück zu verweisen.

**7. Ausbildungs- und Arbeitsmarktmonitoring als Kompass für kommunale Entscheidungen; hier: Antrag der CDU- Fraktion
Vorlage: V-PLA/18/207**

Kreistagsabgeordneter Dr. Hoffschroer erläuterte den Antrag der CDU-Fraktion vom 08.05.2018. Die CDU-Fraktion habe sich intensiv mit der Thematik beschäftigt und hierzu Leitlinien beschlossen. Sie sei der Meinung, ein derartiges Monitoring sei erforderlich, was er aus seiner beruflichen Praxis heraus bestätigen könne. Schon die Vorlage der Verwaltung zeige, dass sieben Stellen innerhalb des Hauses mit Ausbildung und Arbeitsmarkt teilweise beschäftigt seien.

Die Vorstellung der Fraktion sei es, dass einmal jährlich ein kurzer Bericht der Kreisverwaltung gegeben werde, in dem die Aktivitäten der einzelnen Ämter und Abteilungen innerhalb der Kreisverwaltung hierzu erläutert würden einschließlich der haushaltstechnischen Konsequenzen daraus. Die Verwaltung solle dabei den Spielraum behalten, die Art und Weise der Berichterstattung selbst zu wählen. 2019 solle dann der erste Bericht abgegeben werden.

Kreistagsabgeordneter Wesselmann erklärte, er habe die Intention des Berichts zunächst nicht nachvollziehen können. Wie in der Vorlage beschrieben, gebe es bereits Berichte einzelner Ämter zur Thematik. Ebenso wenig sei die geforderte halbe Stelle nicht nachvollziehbar. Es könne sich doch nur um eine zentrale Zusammenfassung der Aktivitäten handeln. Dagegen sei als Einstieg in die Thematik nichts einzuwenden.

Kreistagsabgeordneter Hackstedt ergänzte, es gehe hier vorrangig um Maßnahmen, die arbeitsmarktrelevant seien. Er schlage vor, dass die Wirtschaftsförderung ihren jährlichen Bericht um diese Thematik erweitere. Dies sei seiner Ansicht nach ausreichend. Die Bewilligung einer weiteren halben Stelle sei nicht Gegenstand des Antrages der CDU.



Kreistagsabgeordneter Kolde erklärte, auch er halte hierfür keine Stelle für notwendig, da die Zahlen und Daten bereits bekannt seien. Es gelte hier, lediglich die Sachverhalte zusammenzufassen. Der Vorschlag sei zu begrüßen.

Auch Kreistagsabgeordnete Hollah befürwortete die beantragte Berichterstattung. Dies werde für eine stärkere Transparenz und eine stärkere Sensibilisierung für die Thematik sorgen.

Kreistagsabgeordneter Dr. Steenken führte aus, er verspreche sich davon eine Bündelung der Informationen für alle Kreistagsabgeordneten, damit man erkennen könne, ob Maßnahmen ausreichen oder ob für den Arbeitsmarkt mehr getan werden müsse. Die Abgeordneten würden so auch ein Feedback zu durchgeführten Maßnahmen erhalten.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck gab zu bedenken, dass es sinnvoller sei, Ziele zu formulieren, die man erreichen wolle, z. B. eine höhere Frauenquote oder eine höhere Akademikerquote.

Kreisverwaltungsoberrat Meyer fasste zusammen, dass mit dem Antrag der CDU erreicht werden solle, dass alle Aktivitäten des Landkreises hinsichtlich Ausbildung und Arbeitsmarkt im jährlichen Tätigkeitsbericht der Wirtschaftsförderung gebündelt vorgestellt würden. Dies solle in 2019 erstmals für das Jahr 2018 geschehen.

Kreistagsabgeordneter Dr. Hoffschroer wies darauf hin, dass die Abgeordneten sich damit zunächst über den Sachstand im Kreisgebiet informieren könnten. Danach könne man ggfls. Ziele formulieren.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Planung und Umwelt beschloss anschließend einstimmig, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

Die Stabstelle Wirtschaftsförderung des Landkreises Cloppenburg trägt einen jährlichen Monitoringbericht zu den regionalen Besonderheiten am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und den vom Landkreis auf den Weg gebrachten einschlägigen Maßnahmen zusammen und stellt diesen dem Kreistag jeweils zeitnah vor.

Darüber hinaus sollen alle Vorlagen der Kreisverwaltung zu ausbildungs- und arbeitsmarktrelevanten Themen, die im Kreistag und seinen Ausschüssen behandelt werden, zukünftig mit Bezug zu dem zuvor genannten Monitoringbericht eine Passage zu den verfolgten Zielen und den erwarteten Auswirkungen auf den regionalen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt enthalten.

8. Einführung einer gelben Tonne; hier: Antrag der CDU-Fraktion Vorlage: V-PLA/18/205

Kreistagsabgeordneter Hackstedt erläuterte den Antrag der CDU-Fraktion zur Einführung einer gelben Tonne.

Er verwies darauf, dass die zurzeit verwendeten gelben Säcke immer wieder in der Handhabung als auch in der Verfügbarkeit Probleme verursachten. Die Einführung einer gelben Tonne sei bisher mit Blick auf die Rechtslage abgelehnt worden. Mit der Verabschiedung des Verpackungsgesetzes sei dies nun möglich. Da der Landkreis noch bis Ende 2019 vertraglich gebunden sei, könne ab 2020 die Entsorgung neu geregelt werden. Die Verwaltung solle beauftragt werden, entsprechende Verhandlungen zu führen.



Kreisverwaltungsoberrat Meyer informierte die Anwesenden über die aktuelle Rechtslage hinsichtlich der Verwertung der Leichtverpackungen und das Sammelsystem im Landkreis Cloppenburg mit den vorhandenen Defiziten bei der Entsorgung. Sowohl die gelbe Tonne als auch der gelbe Sack hätten Vor- und Nachteile. Zu beachten sei, dass der Gebührentzahler an den Kosten für die Anschaffung der gelben Tonnen nicht beteiligt werden dürfe, da dies ausschließlich über den grünen Punkt zu finanzieren sei.

Er wies auf die Engpässe in der Versorgung mit gelben Säcken im Herbst 2017 und in 2018 hin. Hier hätten Gespräche mit der Entsorgungsfirma und dem Nds. MU zwar zu einer Entspannung der Situation gesorgt. Er halte die Probleme damit aber nicht für dauerhaft gelöst. Für die zukünftige Entsorgung der Leichtverpackungen seien verschiedene Systeme denkbar, aber auch noch offene Fragen zu klären. Aufgrund der neuen Gesetzeslage fänden derzeit viele Informationsveranstaltungen dazu statt, allerdings würden dabei kaum Vorschläge zu geeigneten Systemen gemacht. Ob die Weiterverwendung der gelben Säcke in besserer Qualität dauerhaft realisierbar sei oder ob man sich bei den DSD- Systembetreibern mit einem Mischsystem aus Tonne und Sack durchsetzen könne, sei ebenfalls offen.

Zunächst sei die geltende Vereinbarung noch bis zum 31.12.2019 gültig. Die Kreisverwaltung werde nun bei entsprechender Beschlussfassung kurzfristig versuchen, mit dem von der DSD noch zu benennenden Verhandlungsführer Gespräche zu führen. Sobald erste Ergebnisse vorlägen, würden die Kreisgremien entsprechend informiert.

Die Präsentation ist dem Protokoll beigefügt.

Kreistagsabgeordneter Kolde führte aus, die aufgeführten Vor- und Nachteile der gelben Säcke könne man recht einfach lösen. Die Qualität der Säcke könne problemlos verbessert werden. Gegen Wind und Sturm könnten die Säcke entsprechend gesichert im Straßenraum gelagert werden. Die Zweckentfremdung der Säcke könne man mit einem Verteilersystem unterbinden. Dagegen hätten die gelben Tonnen gravierende Nachteile. Größtes Manko sei das begrenzte Volumen, was gerade für große Familien sehr problematisch sei. Er sehe den Beschluss zunächst als reinen Prüfauftrag an die Verwaltung.

Kreistagsabgeordneter Wesselmann erklärte, das bisherige System habe versagt. Daher habe er im letzten Jahr bereits einen ähnlichen Antrag gestellt. Die vorgeschlagene Vorgehensweise halte er für den richtigen Weg.

Kreistagsabgeordneter Dr. Steenzen stellte klar, dass man sich innerhalb der CDU- Fraktion noch nicht für ein System entschieden habe. Die gelben Säcke halte er wegen der Qualität und der mangelhaften Versorgung für verbraucherfeindlich. Die gelben Tonnen stellten allerdings auf kleinen Grundstücken ein Platzproblem dar.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck erklärte, er halte die Entscheidung für oder gegen ein System für eine sehr persönliche Sache. Es sei kritisch zu sehen, wenn man für eine Verpackung eine Verpackung nehme. Er sei für die Einführung der gelben Tonne, sehe aber durchaus auch die Probleme damit.

Kreistagsabgeordneter Dr. Hoffschroer wies darauf hin, dass bei der Entscheidung für ein System die Kosten eine wesentliche Rolle spielen müssten.

Kreistagsabgeordnete Wichmann betonte, zunächst sei es wichtig, die Bedingungen der Einführung der gelben Tonne zu ermitteln, bevor man darüber entscheide.

Kreistagsabgeordnete Nüdling wies darauf hin, dass die Verhandlungen ein besseres Ergebnis bringen müssten, da die gegenwärtige Situation unbefriedigend sei.



Der Vorsitzende, Kreistagsabgeordneter Middendorf, erklärte, er halte ein Mischsystem aus Tonne und gelbem Sack im ländlichen Landkreis nicht für realisierbar.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Planung und Umwelt beschloss sodann einstimmig, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen

Dem Antrag der CDU-Fraktion zur „Einführung der gelben Tonne“ vom 15.03.2018 wird gefolgt. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, mit den Dualen Systemen über die Sammlung der Leichtverpackungsabfälle zukünftig in gelben Tonnen bzw. einem Mischsystem aus gelber Tonne und gelbem Sack zu verhandeln und gegebenenfalls den Erlass einer Rahmenvorgabe vorzubereiten.

**9. Maßnahmen zur Eindämmung der Nutriapopulation; Antrag der Hase Wasseracht auf Bezuschussung der Nutriabekämpfung
Vorlage: V-PLA/18/210**

Kreisverwaltungsoberrat Meyer trug den Sachverhalt entsprechend der **Vorlage V-PLA/18/210** vor. Er verwies darauf, dass inzwischen mehrere Gespräche stattgefunden hätten und rechtliche Änderungen abgewartet worden seien. Neben der vor Kurzem gesetzlich beschlossenen Ausdehnung der Jagdzeiten auf das ganze Jahr werde aktuell eine weitere Änderung vorbereitet, wonach dann auch Muttertiere bejagt werden dürften. Ferner solle die Bejagung durch die amtlichen Bisamfänger auch ohne Jagdschein zugelassen werden. Kreistagsabgeordneter Schute beantragte im Namen der CDU - Fraktion, den vorliegenden Antrag auf Bezuschussung abzulehnen. Die noch zu erwartenden gesetzlichen Regelungen und deren Umsetzung sollten abgewartet werden. Die Unterhaltungsverbände und hier die Hase Wasseracht seien im Übrigen gesetzlich für die Gewässerunterhaltung zuständig. Im Rahmen dieser Aufgabenerfüllung sei die Eindämmung der Nutriapopulation zunächst mit eigenen Budget zu bestreiten.

Kreistagsabgeordneter Wesselmann erklärte, grundsätzlich befürworte er den Antrag. Da er die Aufhebung der Schonzeit und die Bejagung der Muttertiere aber nicht für tierschutzgerecht halte, werde auch er dem Antrag auf Bezuschussung der Eindämmung der Nutriapopulation nicht zustimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Planung und Umwelt beschloss einstimmig bei einer Enthaltung, dem Kreisausschuss folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

Dem Antrag der Hase Wasseracht vom 01.06.2017 auf Zuschussgewährung zur Eindämmung der Nutriapopulation im Landkreis Cloppenburg wird nicht zugestimmt.



10. Erstellung eines neuen externen Gutachtens zur Standort- und Bedarfsanalyse des Rettungsdienstes im Landkreis Cloppenburg; hier: Antrag der SPD- Fraktion
Vorlage: V-PLA/18/208

Kreistagsabgeordneter Kolde verwies im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes darauf, dass Anlass des Antrages der SPD - Fraktion vom 23.02.2018 die Tatsache sei, dass die Notarztversorgung im Bereich Lönigen geändert worden sei. Dort sei die Versorgung mit einem „selbstfahrenden Notarzt“ nachts für eine Testphase eingestellt worden.

Das Gutachten der Fa. Forplan aus 1993, welches nur 2 Notarztstandorte im Kreisgebiet vorsehe, könne nicht zugrunde gelegt werden. Seit 1993 seien sowohl die Bevölkerungszahl als auch der Fahrzeug- und Schwerlastverkehr erheblich angestiegen. Da sei es unbedingt notwendig, auch in Zukunft eine gesicherte Notarztversorgung im Kreisgebiet sicherzustellen. Ggfls. müsse die bisherige Versorgung sogar noch gesteigert werden. Der Antrag der SPD - Fraktion ziele darauf ab, dies auch dauerhaft sicherzustellen.

Da die Verwaltung in ihrer Vorlage dargelegt habe, dass die 2016 beauftragte Universität Maastricht auch die Notarztssysteme im Kreisgebiet begutachten werde, sei ein weiteres externes Gutachten zur Standort- und Bedarfsanalyse des Rettungsdienstes nicht erforderlich.

Die SPD – Fraktion ziehe daher ihren Antrag zurück.

Der Ausschuss für Planung und Umwelt nahm dies zur Kenntnis.

11. Sachstand Netzausbau Strom
Vorlage: V-PLA/18/211

Kreisverwaltungsoberrat Meyer informierte die Anwesenden über den Sachstand beim Netzausbau Strom.

- **Raumordnungsverfahren für den Trassenkorridor im Abschnitt der Maßnahme 51a (Conneforde – Cloppenburg Ost)**

Kreisverwaltungsoberrat Meyer erklärte hierzu, am 17.04.2018 habe der Erörterungstermin für dieses Verfahren beim Amt für regionale Landesentwicklung im Oldenburg stattgefunden. Hieran habe der Landkreis Cloppenburg unter fachlicher Begleitung der OECOS GmbH teilgenommen.

Seitens des Landkreises Cloppenburg sei dabei entsprechend der schriftlichen Stellungnahme vom 05.10.2017 unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der Vorhabenträgerin nochmals darauf hingewiesen worden, dass die Planung dem aktuellen Netzentwicklungsplan 2030 anzupassen sei, der nur noch eine Offshore-Anbindung mit Konverterstation im Raum Cloppenburg vorsehe. Zudem seien transparente Kriterien für die Prüfung von Erdverkabelungen gerade im Hinblick darauf, dass es sich hier um ein Pilotprojekt handelte, gefordert worden. Darüber hinaus habe der Landkreis Cloppenburg eine möglichst umfangreiche Mitnahme von 110kV Leitungen auf dem neuen 380kV Gestänge gefordert, um eine Entlastung der Infrastruktur herbeizuführen. Es sei nicht erforderlich, weitere zusätzliche Leitungen zu errichten.



Im Rahmen des Erörterungstermins am 17.04.2018 sei auch das nachgeordnete 110kV Netz durch Vertreter des zuständigen Netzbetreibers Avacon beleuchtet worden. Es sei dargestellt worden, dass Avacon zwei Umspannwerke - eines nördlich und eines südlich von Cloppenburg - benötigt, um die aus den zahlreichen Windenergie- und Biogasanlagen gewonnene Leistung ohne umfangreiche Netzausbaumaßnahmen in das übergeordnete Netz einspeisen zu können. Sofern die Umspannwerke entsprechend der aktuellen Planung errichtet würden, könne voraussichtlich ein Teil der Verbindungsleitungen durch die Stadt Cloppenburg entfallen. Hinsichtlich der Trassenführung/ Leitungsmithnahme im Bereich Nikolausdorf/ Beverbruch/ Kellerhöhe sei man mit der Tennet im Gespräch.

Aktuell werde die Landesplanerische Feststellung durch das Amt für regionale Landesentwicklung vorbereitet.

- **Raumordnungsverfahren für den Trassenkorridor im Abschnitt der Maßnahme 51b (Cloppenburg Ost – Merzen)**

Für dieses Verfahren seien zurzeit keine weiteren Termine geplant. Wahrscheinlich werde dies erst nach den Sommerferien der Fall sein.

Nach der Abgabe der gemeinsamen Stellungnahme des Landkreises und der Städte und Gemeinden in einem gemeinsamen Termin mit dem ebenfalls betroffenen Landkreis Osnabrück am 28.12.2017 im Rahmen eines Gesprächstermins durch Herrn Landrat Wimberg an das Amt für regionale Landesentwicklung hätten sich keine weiteren Entwicklungen im Raumordnungsverfahren ergeben. Derzeit laufe die Prüfung der Eingaben und die Vorbereitung eines Erörterungstermins.

- **Weitere aktuelle Entwicklungen**

Kreisverwaltungsoberrat Meyer wies darauf hin, dass am 08. und 09.03.2018 zwei Scopingtermine der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr zur Vorbereitung des Planfeststellungsverfahrens für die Vorzugstrasse aus den Raumordnungsverfahren 51a und 51b stattgefunden hätten. Sofern die Vorzugstrasse landesplanerisch festgestellt werde, solle das Planfeststellungsverfahren nach Vorstellung der Tennet unverzüglich folgen. Bei diesen Terminen sei der Untersuchungsumfang für die Vorzugstrasse besprochen worden. Die Tennet gehe damit in Vorleistung und lege sich auf diese Trasse fest, obwohl ihre Vorzugstrasse bisher nicht im Raumordnungsverfahren bestätigt sei. In diesem Bereich werde nun mit den erforderlichen Kartierungen begonnen werden.

Er wiese in diesem Zusammenhang darauf hin, dass alle Trassen im Verfahren gleichwertig behandelt werden müssten. Falls die Vorzugstrasse nicht planfestgestellt werde, müsse mit entsprechender zeitlicher Verzögerung neu kartiert werden.

Im Rahmen eines Informationsgespräches mit Vertretern des 110kV Netzbetreibers Avacon im Anschluss an den Erörterungstermin am 17.04.2018 in Oldenburg hätten die Vertreter des Landkreises deutlich gemacht, dass ein großes Interesse an einer Führung der 110kV Leitung im Gestänge der 380kV Leitung vom Umspannwerk Nikolausdorf bis südlich Kellerhöhe



bestehe, sofern es zur Realisierung dieser Variante kommen sollte. Die notwendigen Ausbau- und Rückbaumaßnahmen sollten in enger Abstimmung mit dem Landkreis und den betroffenen Städten und Gemeinden erfolgen.

Die Vertreter von Avacon hätten ihrerseits darauf hingewiesen, dass auch im Falle einer für das 110kV Netz optimalen Gestaltung der 380kV Leitung zumindest eine Ertüchtigung der 110kV Leitung von Essen nach Cloppenburg West notwendig werde.

Die Ausbau-/ Rückbauplanung werde seitens Avacon gestartet, sobald sich die Planung der 380kV Leitung auf eine Variante konkretisiert habe.

Weitere Rückbauten seien im Bereich Cloppenburg denkbar.

Kreistagsabgeordneter Hackstedt wies darauf hin, dass Erdverkabelungsteilstücke in den Bereichen Küstenkanal, Beverbruch und Cloppenburg geplant seien. Falls im Bereich Beverbruch ein Konverter errichtet werde, werde der Bereich Cloppenburg nach jetzigem Planungsstand nicht erdverkabelt.

Der Ausschuss für Planung und Umwelt nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

12. Mitteilungen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

.



Um 18:20 Uhr schloss der Vorsitzende die Sitzung.

Vorsitzender

Kreisverwaltungsoberrat

Protokollführer/in